Einbeziehung der Einkommensteigerung ohne Vermögenszuwachs in die Kriegssteuer zuzustimmen. Daß außerdem der Wehrbeitrag auch die Vermögen treffen würde, die durch den Krieg eine Einbuße erlitten haben, ist ein weiterer schwerwiegender Grund gegen eine Erhebung. Man kann daher im Interesse des Zustandekommens der Kriegsgewinnsteuer nur wünschen, daß die Kommission diese beiden Abänderungen des Entwurfs wieder rückgängig macht.

Der Reichshaushaltsausschuß

beriet den Postetat. Der Staatssekretär des Reichspostamtes teilte unter anerkennenden Worten für die Arbeit seiner Beamten mit, daß von den 220 000 Beamten 10 000 bei der Feldpost und in der Etappe tätig sind. 87 000 leisten Heeresdienst, 7500 hiervon haben den Heldentod gefunden. Bedauerlicherweise sei es nicht möglich, jetzt die höheren Stellen zu vermehren. Die Frage der Kriegszulagenregelung könne nicht für ein einzelnes Ressort allein gelöst werden. Die Verwaltung wünsche selbst, die Tagegeldsätze zu erhöhen. Bei fünfjährigem tadellosem Dienst würden die Vermerke über die Disziplinarstrafen gelöscht. Auf Vorschlag des Reichsschatzsekretärs wurde ein gemeinsamer Antrag aller Parteien bis zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zurückgestellt. Dieser Antrag will den Reichskanzler ersuchen: 1. die für die Bewilligung von Kriegsbeihilfen festgesetzte Einkommensgrenze für Beamte von 2100 auf 3000 Mk. und für Vertragsangestellte von 2400 auf 3300 Mk. zu erhöhen; 2. die Kriegsbeihilfen auf die Postagenten auszudehnen, deren Einkommen vorwiegend in Vergütung bestehen; 3. den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Reichsbeamten bei Bedürftigkeit Unterstützungen zu gewähren; 4. einen Nachtragsetat zur Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an untere und mittlere Reichsbeamte, Vertragsangestellte und Arbeiter bis zu dem Gehalt von 2400 Mk. oder bis zur Vergütung von 2700 Mk. einzubringen, wobei die Eingezogenen oder bei der Militär- oder Marineverwaltung oder in den besetzten Gebieten Beschäftigten und mit Zulage Bedachten ausgeschlossen bleiben sollen. Ferner will der Antrag den Reichskanzler ersuchen, eine dritte Ergänzung des Besoldungsgesetzes in der vom Reichstage am 18. Mai 1914 beschlossenen Fassung möglichst wieder einzubringen und möglichst bald die Bezüge der nichtetatsmäßigen Angestellten und die Vergütungen der Gehilfinnen bei Postämtern zu erhöhen. — Der Postetat wurde erledigt. Ein Antrag auf Erhöhung der Bezüge der diätarisch Beschäftigten wurde angenommen, ebenso ein Antrag auf Löschung der Disziplinarstrafvermerke in den Personalakten. Unter den Bittschriften war eine, die zur Papiersparung anregte, daß die bereits benutzten Briefumschläge noch ein zweites Mal sollen verwendet werden können. Da jedoch bei einem solchen Verfahren das Briefgeheimnis leichter verletzt werden könnte, beschloß der Ausschuß Uebergang zur Tagesordnung. — Montag: Haushalt des Reichsamts des Innern (Ernährungsfragen).

Die Donauschiffahrt.

Der Bürgermeister von Regensburg hat dem Budapester Bürgermeister den Vorschlag gemacht, daß die Donaustädte zur Besprechung der mit der Donauschiffahrt zusammenhängenden Fragen in Budapest eine Beratung abhalten mögen. Der Vorschlag wurde vom Budapester Bürgermeister und auch von der ungarischen Regierung zustimmend aufgenommen. Ueber die Einzelheiten der bevorstehenden Besprechung wird noch beraten. (W. T. B.)

Staatssekretär Solf an die Kameruner Deutschen in Spanien.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf hat an den in Spanien angekommenen Gouverneur Ebermaier folgende Begrüßungsdepesche gerichtet: Eure Exzellenz und alle tapferen Kameruner beglückwünsche ich herzlich zu der Ankunft auf europäischem Boden. Gute Erholung von den Mühen! Solf. (W. T. B.)

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen.

Der bulgarische Finanzminister Tontschew soll über die nunmehr in Bukarest geführten rumänisch-bulgarischen Verhandlungen folgende Erklärung abgegeben haben: Die Unterhandlungen betreffend die wirtschaftliche Verständigung beider Länder schreiten fort. Es scheint, daß diese Verständigung bereits besser gewürdigt und ihre Durchführung als notwendig erachtet wird. Ich glaube, daß ein Abkommen über die Behandlung wirtschaftlicher Fragen in naher Zukunft abgeschlossen wird. (W. T. B.)

„Schweden vor der Entscheidung."

In einer soeben erscheinenden Broschüre „Schweden vor der Entscheidung", die den früheren schwedischen Kriegsminister General Rappe zum Verfasser hat, der im Jahre 1870 auf französischer Seite mitkämpfte, wird ausgeführt, daß zwecks der von England beabsichtigten Vernichtung Deutschlands der Einkreisungsring über Schweden geschlossen werden müsse. Um zu verhindern, daß Schweden unter den Willen der Entente gebeugt werde, fordert Rappe die unmittelbare Neutralisierung der Ålandsinseln. (W. T. B.)

Ausstände in Amerika.

b. Der „Newyork Herald" meldet von schweren Ausstandstumulten der Metallarbeiter in Braddock (Pennsylvanien). Das Militär war gezwungen, auf die Menge zu schießen. Sechs Arbeiter wurden getötet, 20 verletzt. Da Rachetaten befürchtet werden, wurden zwei Milizregimenter nach Braddock geschickt. Nach einer anderen Meldung streiken in Newyork 30 000 Metallarbeiter. Viele Werkstätten sind geschlossen. Weitere Ausstände werden befürchtet.

Der Heilige Krieg in Afrika.

Nach in Konstantinopel eingetroffenen glaubwürdigen Nachrichten hat der Imam von Darfur, Alidinar, den Heiligen Krieg gegen die Engländer verkündet. Er marschiert mit seinen Truppen und 8000 Kamelen gegen den nördlichen Sudan und treibt die englischen Streitkräfte, denen er auf seinem Marsche begegnet, in wilder Flucht vor sich her. Er plant, im Verein mit den Senussi vorzugehen. Die in einer Proklamation vom 5. April enthaltene Mitteilung, daß die Engländer die Truppen des Imam geschlagen hätten, ist falsch. Vielmehr befinden sich die Engländer in wilder Flucht auf dem Rückzuge gegen den Nil, seitdem die Truppen des Imam ihren Vormarsch gegen Norden fortgesetzt haben. (W. T. B.)

England und Frankreich in Westafrika.

kf. Nach den Meldungen englischer Blätter sind die Briten im Begriff, ihre Truppen aus Kamerun zurückzuziehen und das Land, mit Ausnahme von Edea und eines kleinen Teiles an der Grenze von Englisch-Nigeria, in der Nähe von Calabar, den Franzosen zu überlassen. Es handelt sich bei dem zuletzt erwähnten Gebiete vermutlich um eine Grenzberichtigung; England wünscht den Bezirk Rio des Rey zur Abrundung seines eigenen Besitzes. Edea ist das Zugangstor zur Mitte des Landes und bildet für die Briten einen wichtigen Stützpunkt und ein wertvolles Faustpfand, um die verbündeten Franzosen dauernd beaufsichtigen und im britischen Sinne leiten zu können. Die Briten nisten sich also in aller Ruhe im Lande ein und Edea dürfte bis zum Friedensschluß auf Kameruner Boden die Rolle von Calais spielen, an der die Franzosen bislang doch so wenig Freude hatten.

Togo wird von den Franzosen als Gegenleistung an England ausgeliefert, später soll ihm auch noch Französisch-Dahomey zufallen, und dagegen die kleine, rings von französischem Kolonialbesitz umschlossene englische Kolonie Gambia an Frankreich abgetreten werden. Triumphierend verkünden schon englische Zeitungen: Bald wird von Sierra Leone bis Calabar an der gesamten Nordseite des Golfes von Guinea nur noch das britische Banner wehen.

Also wieder einmal die berüchtigte Teilung des Felles des Bären. Das endgültige Schicksal des deutschen Kolonialbesitzes, das sollten sich die Engländer und Franzosen endlich einmal gesagt sein lassen, wird nun und nimmer in Afrika selbst entschieden, so wenig wie der Ausgang des Weltkrieges. Darum berühren uns die Prahlereien unserer Feinde vom „Untergang des deutschen Kolonialreiches" ganz und gar nicht, denn daß der endgültige Sieg uns zufallen muß, ist sicher, und er wird uns auch ein neues, größeres Machtgebiet auf afrikanischem Boden bescheren.

Die neuesten Meldungen lauten:

Eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin.

b. **Berlin.** (Eig. Drahtmeld.) Ein Mitarbeiter der „Nat.-Ztg." hatte eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin. Der Botschafter äußerte die Ansicht, daß seine Regierung die deutsche Note unter allen Umständen einige Tage beraten würde, ehe sie ihm eine Nachricht darüber zukommen lasse. Ein sicheres Urteil über die Lage könne er nicht abgeben, er hoffe jedoch, daß der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aufrecht erhalten werde. Zugleich bat er, festzustellen, daß er in dieser Krisis und in allen vorhergehenden Krisen den äußersten Wert darauf gelegt habe, die Mißverständnisse zwischen Deutschland und Amerika aus dem Wege zu räumen. „Ich will keinen Krieg zwischen Deutschland und Amerika," sagte er, „ich habe ihn nie gewollt und werde ihn nie wollen. Ich beteure, daß die Beschuldigung, ich wäre ein Feind der Deutschen, grundfalsch ist." Der Botschafter verwahrte sich des weiteren gegen die Behauptung, er hetze seine Regierung zum Kriege, er besäße eine Waffenfabrik in Amerika und hätte also ein Interesse am Kriege. Man habe sogar die Dreistigkeit gehabt, an die Frau Kronprinzessin zu schreiben, seine Frau hätte Orden, die ihr der Kaiser verliehen, ihrem Hunde umgehängt und diesen Hund über die Linden spazieren geführt, und was dergleichen Niederträchtigkeiten mehr seien. Solche Verleumdungen seien nicht derart, daß man sich durch sie Freunde machen könne. Er habe die Weisungen seiner Regierung auszuführen und über ihre Ausführung zu berichten. Eine entscheidende Rolle spiele er nicht. Der Mitarbeiter der „Nat.-Ztg." hat den Eindruck gewonnen, daß der Botschafter die schlimmsten Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika als überwunden betrachtet.

Die Vernichtung eines Zeppelins bei Saloniki.

b. **Rotterdam.** (Eig. Drahtmeld.) Die englische Admiralität meldet: In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag näherte sich gegen 2½ Uhr ein Zeppelin-Luftschiff der Stadt Saloniki. Als es den Hafen überflog, wurde es von den englischen Kriegsschiffen heftig beschossen und getroffen. Es fiel, in Flammen gehüllt, bei der Wardarmündung nieder. Reuter zufolge ist von den 30 Mann der Besatzung nur ein Mann gerettet.

Neuer Völkerrechtsbruch der Engländer und Franzosen.

Athen. (Verspätet eingetroffen.) Wie festgestellt worden ist, haben die Franzosen und Engländer unter Verletzung der Rot-Kreuz-Flagge die Beförderung der serbischen Truppen bisher ausschließlich auf Lazarettschiffen durchgeführt, um eine Torpedierung durch Unterseeboote zu vermeiden. (W. T. B.)

Treffende Antwort Bratianus auf russische Drohungen.

b. **Bukarest.** (Eig. Drahtmeld.) Der russische Gesandte Poklewski hat anläßlich seiner Vorstellungen wegen des deutsch-rumänischen Handelsabkommens dem Minister Bratianu damit gedroht, daß die Haltung Rumäniens zu einem Kriege mit dem Vierverband führen könnte. Bratianu erwiderte: Wenn wir unsere Existenz mit den Waffen verteidigen müssen, werden wir es tun. Wir hoffen aber, daß die Vierverbandsmächte, die mit Nahrungsmitteln reichlich versehen sind, den Mißerfolg ihrer Waffen nicht dem rumänischen Getreide zuschreiben werden.

Oertliches und Sächsisches.

7. Mai 1915: Besetzung von Libau durch deutsche Truppen. — Versenkung der „Lusitania" an der Südküste Irlands.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg trafen am Donnerstag nachmittag, von Chemnitz kommend, in Begleitung der Frau Oberhofmeisterin Freifrau v. Finck und des persönlichen Adjutanten Oberleutnant von dem Busch auf dem Bahnhof Flöha ein, wo sie vom Herrn Amtshauptmann Dr. Edelmann empfangen und unter lebhafter Begrüßung durch die am Bahnhof zahlreich versammelte Bevölkerung zu den bereitstehenden Kraftwagen geleitet wurden. Die Prinzlichen Herrschaften begaben sich durch die mit reichem Flaggenschmuck versehenen Orte Flöha und Plaue-Bernsdorf bei prächtigstem Wetter und herrlicher Fahrt durch die im Maienschmuck prangende Natur nach Augustusburg zunächst in das Vereinslazarett der Bezirksanstalt. Hier wurde der hohe Besuch durch Herrn Kammerherrn Grafen v. Koenneritz auf Schloß Erdmannsdorf empfangen und der Frau Prinzessin von dem Söhnchen des Bezirksanstaltsinspektors Uhlig ein Blumenstrauß überreicht. Nach Vorstellung des Lazarett- und Anstaltsarztes Herrn Sanitätsrat Dr. Rolfs-Augustusburg und des Pflegepersonals begaben sich die Herrschaften zu den im Betsaal aufgestellten 29 verwundeten Kriegsteilnehmern, jedem einzelnen in leutseligster Weise sich zuwendend und Postkarten und Zigarren überreichend. Ihre Königl. Hoheiten sprachen sich sehr anerkennend über das Gesehene aus. Hierauf fuhren sie nach dem Genesungsheim des Gendarmerie-Erholungsheims. Auch Sanitätsrat Dr. Rolfs hatte sich als Arzt des Genesungsheims mit nach hier begeben. Am Eingange des Gendarmerie-Erholungsheims wurden sie durch die Herren Bürgermeister Mendt und die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse der Exekutivbeamten der Polizeidirektion Dresden, Herren Kriminaloberwachtmeister Laurich und Wachtmeister Küchler und Jacob, begrüßt. Beim Eintritt in den Saal wurde der Frau Prinzessin von dem Töchterchen des Wachtmeisters Jacob ein Blumenstrauß überreicht. Für jeden der 27 Verwundeten hatten die Prinzlichen Herrschaften herzliche Worte, und erhielten auch diese Postkarten und Zigarren. Ihre Königl. Hoheiten erfreuten sich namentlich an den wundervollen Aussichten, die sich den Besuchern des Genesungsheims von diesem aus bieten. Alsdann wurde die Weiterfahrt nach dem Kriegsinvaliden- und Urlaubsheim „König Friedrich August-Stift" in Plaue-Bernsdorf angetreten. Hier erfolgte, nachdem beim Empfang der höchsten Herrschaften die jüngere Tochter des Herrn Amtshauptmanns der Frau Prinzessin nach kurzer Ansprache einen Rosenstrauß überreicht hatte, die Vorstellung der übrigen Mitglieder des Ausschusses des Kriegsinvalidenheims, der Herren Oberforstmeister Wemme-Plaue-Bernsdorf, Bezirksarzt Dr. Kindler-Flöha, Fabrikbesitzer Max Julius Hauschild-Hohenfichte, Schuldirektor Rost-Plaue-Bernsdorf, sowie des Herrn Assessors Dr. Pfotenhauer-Flöha. Herr Kammerherr Graf v. Koenneritz, der gleichfalls Mitglied des Ausschusses ist, hatte sich von Augustusburg der Weiterfahrt angeschlossen. Ihre Königl. Hoheiten zogen jeden einzelnen der im Speisesaal des Heims versammelten Insassen, insbesondere auch die Teilnehmer an dem Lehrgange für Gemeinde- und Sparkassenbeamte, ins Gespräch und erkundigten sich nach deren persönlichen Verhältnissen. Sodann erfolgte unter Führung des Ausschußvorsitzenden Herrn Amtshauptmanns Dr. Edelmann eine Besichtigung der Räume, namentlich der Lehrzimmer. Hierauf nahmen die Prinzlichen Herrschaften beim Herrn Amtshauptmann Dr. Edelmann den Tee ein, wozu noch die genannten Herren des genannten Ausschusses des Kriegsinvalidenheims, sowie Herr Assessor Dr. Pfotenhauer eingeladen waren.

— Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin ist gestern nachmittag mit Gefolge hier eingetroffen und im „Europäischen Hof" abgestiegen.

— **Ernennungen, Versetzungen usw. im öffentlichen Dienste.** Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Justiz. In den Ruhestand sind versetzt worden: Sekretär Engler beim AG. Dresden unter Verleihung des Titels Obersekretär, Gerichtsdiener Stephani beim AG. Leipzig. Angestellt: die Schreiber Hempel beim LG. Chemnitz und Kriester beim AG. Leipzig als Expedienten. Befördert: die Aktuare Deicke beim AG. Dresden und Thomas beim AG. Leipzig zu Sekretären, die Expedienten Naumann beim LG. Freiberg, Peters beim AG. Leipzig und Schiller beim AG. Zöblitz zu Aktuaren. Versetzt: die Gerichtsassessoren Dr. Römisch beim AG. Schandau zum AG. Sebnitz, Friedrich beim AG. Aue zum AG. Stollberg, die Sekretäre Heer beim AG. Plauen zum AG. Lichtenstein, Säuberlich beim AG. Dresden zum AG. Glauchau, die Aktuare Haase beim AG. Dresden zum AG. Rötha, Hauck beim AG. Scheibenberg zum AG. Frohburg, die Expedienten Herklotz beim AG. Frauenstein zum AG. Chemnitz, sodann zum AG. Hohenstein-Ernstthal, Kahle beim AG. Leipzig zum AG. Waldenburg, Mai beim AG. Rochlitz zum AG. Frauenstein, Piezold beim AG. Plauen zum AG. Elsterberg, die Aufseherin Friedemann bei der Gefangenanstalt Plauen zur Gefangenanstalt Zwickau. — Zweite juristische Staatsprüfung: 6 bestanden, 2 zurückgewiesen in der Zeit vom 2. bis 28. April.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums der Finanzen. Bei der Post-Verwaltung. Ernannt: Junker, seither Ober-Postpraktikant, zum Postinspektor in Dresden; Maaßberg, seither Postsekretär, zum Ober-Postsekretär.

— **Kriegsauszeichnungen.** Leutnant d. L. im Infanterie-Regiment Nr. 177, 3. Kompagnie, Maximilian Lehmann, Beamter der Deutschen Bank, hier, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und der silbernen Friedrich-August-Medaille, erhielt das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden mit Schwertern; — dem Unteroffizier Lier im Ballonabwehr-Kanonenzug 27 (Feldartillerie-Regiment Nr. 48) wurde das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen.

— **Kriegsauszeichnungen an sächsische Justizbeamte usw.** Verliehen wurde:

das Ritterkreuz des Militär-St.-Heinrichs-Ordens: dem Amtsrichter Dr. Koch in Plauen; das Ritterkreuz 2. Kl. des Verdienstordens mit Schwertern, das Ritterkreuz 2. Kl. des Albrechtsordens mit Schwertern und das Eiserne Kreuz 2. Kl.: dem Referendar Löffler, zuletzt in Zittau; das Ritterkreuz 1. Kl. des Albrechtsordens mit Schwertern und das Eiserne Kreuz 2. Kl. dem Landgerichtsdirektor Müller in Dresden; das Ritterkreuz 1. Kl. des Albrechtsordens mit Schwertern den Amtsgerichtsräten Dr. Lottermoser in Dresden und Thiemann in Zschopau, dem Staatsanwalt Dr. Schlittgen in Chemnitz, den Rechtsanwälten Dr. Herschel in Dresden, sowie Israel und Dr. Menzel in Zittau; das Ritterkreuz 2. Kl. des Albrechtsordens mit Schwertern und das Eiserne Kreuz 2. Kl. dem Landgerichtsrat Dr. K. J. F. Leonhardt in Leipzig, dem Rechtsanwalt Kunze in Leipzig, dem Referendar Nauprich-Pernitzsch, zuletzt in Leipzig; das Ritterkreuz 2. Kl. des Albrechtsordens mit Schwertern dem Landgerichtsrat Gebhardt in Dresden, den Rechtsanwälten Mehlhorn in Pirna, Dr. Saupe und Dr. Willferodt in Leipzig, dem Gerichtsassessor Dr. Merkel beim AG. Riesa, dem Assessor Lenk, zuletzt in Leipzig; das Albrechtskreuz mit Schwertern dem Aktuar Tautenhahn beim LG. Zwickau; das Ehrenkreuz mit Schwertern dem inzwischen verstorbenen Aktuar Helm beim AG. Markranstädt; die Friedrich-August-Medaille in Silber am Bande für Kriegsdienste, das Eiserne Kreuz 2. Kl. und die österreichische Tapferkeitsmedaille in Bronze dem Expedienten Eckardt beim AG. Zwickau; die Friedrich-August-Medaille in Silber am Bande für Kriegsdienste dem Sekretär Müller beim AG. Grimma, den Gerichtsdienern Grimm und Wunderlich beim AG. Dresden, sowie Klotz beim AG. Annaberg, dem Maschinenschreiber Schieritz beim LG. Dresden; die Friedrich-August-Medaille in Bronze am Bande für Kriegsdienste den Schreibern Klotz bei der Staatsanwaltschaft des LG. Leipzig, Kühne beim AG. Großenhain, inzwischen gefallen, und Reinhold beim AG. Schwarzenberg; der bayerische Militärverdienstorden 4. Kl. mit Schwertern dem Amtsgerichtsrat Dr. Kersten in Werdau; die reußische silberne Verdienstmedaille mit Schwertern dem Schreiber F. W. K. Richter beim AG. Dresden; das Ritterkreuz 2. Kl. des Sachsen-Ernestinischen Hausordens mit Schwertern dem inzwischen gefallenen Rechtsanwalt Dölitzsch in Dresden; das hamburgische Hanseatenkreuz und das Eiserne Kreuz 1. Kl. dem Assessor Dr. Wilhelm, zuletzt in Potschappel; das Eiserne Kreuz 1. Kl. den Rechtsanwälten Reichardt in Klingenthal und Dr. Türk in Dresden; das Eiserne Kreuz 2. Kl. dem Rechtsanwalt Dr. Körner in Dresden, dem Gerichtsassessor Dr. Schlote beim AG. Neusalza, dem inzwischen gefallenen Referendar Burckhardt beim AG. Chemnitz, den Expedienten Dittrich bei der Staatsanwaltschaft des LG. Leipzig und Kreußel beim AG. Sayda, sowie Trülzsch beim LG. Zwickau, den Schreibern Böhme beim AG. Leipzig und Auth beim AG. Dresden.

— **Auf dem Felde der Ehre gefallen:** Helmuth Eisold, Kriegsfreiwilliger im Schützen-Regiment 108/10.

— **Zustände im Lebensmittelverkehr.** Der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" schreibt: „Das tatkräftige Eingreifen der Behörden hat in diesen Tagen einen wunden Punkt der Berliner Fleischversorgung angeschnitten, nämlich das vielfache Zurückhalten von Vorräten durch Fleischer. Einem anderen Schädling unserer großstädtischen Versorgung, der aus Furcht vor Preisdruck Zufuhren fernzuhalten suchte, ist ebenfalls, wie der Berliner Magistrat mitteilt, das Handwerk gelegt worden. Wenn statuierte Exempel abschrecken, so ist anzunehmen, daß — und der Erfolg zeigt das ja schon stellenweise — zurückgehaltene Vorräte jetzt stärker an den Markt gelangen werden. Auf einen anderen Punkt glauben wir hinweisen zu müssen. Wer die Anzeigen unserer großen Blätter liest, ist überrascht, welche Riesenmengen auch der verschiedensten Waren in einzelnen Händen zusammengestapelt sind. Um einige Beispiele aus nur einer Nummer eines großen Blattes zu erwähnen: Eine Firma bietet 5000 Kilo Blockschokolade, 10 000 Kilo Schokoladenpulver, 2000 Dosen Leberwurst, 10 Zentner Käse, jedes Quantum Mischobst, Pflaumen usw. an; eine andere Firma bietet Marmelade, Schokolade und Seife „nur Engros an Selbstkäufer" an. Eine dritte Firma bietet 25 000 Kilo Himbeersaft, 3000 Kilo rohen Zitronensaft, 6000 Kilo eingekochten Zitronensaft, 6000 Kilo Dörrgemüse, 24 000 Kilo Mischschokoladenpulver an und erbietet sich zur Abnahme „jeden Postens" Schokoladenpulver, Dörrgemüse und Dörrobst, Fleisch- und Wurstkonserven. Auffallend ist die merkwürdige Zusammenstellung: Blockschokolade wird neben Leberwurst, Himbeersaft neben Dörrgemüse, Dörrfleisch und Schokoladenpulver offeriert. Die Anbieter müssen Kapazitäten in der pfleglichen Behandlung und Lagerung so grundverschiedener Dinge sein, andernfalls müßte man annehmen, daß ihnen, und was bedeutend schlimmer ist, unserer Nahrungswirtschaft ungeheure Nahrungswerte verderben. Leider muß man annehmen — und viele Verkaufsangebote großer Mengen verdorbener Fleischwaren beweisen es —, daß letzteres der Fall ist. Es handelt sich um Riesenmengen, die da in einzelnen Händen sich befinden, und deren Preis somit entsprechend reguliert werden kann — die meisten derartigen Offerten tragen den Vermerk: „Nur gegen Höchstgebot". Hier liegt wirklich ein dringendes, öffentliches Interesse vor, einzuschreiten und die Monopolstellung bestimmter Großaufkäufer zu durchbrechen. Unter heutigen Umständen haben wir nicht das geringste Interesse daran, daß einzelne starke Hände zusammenkaufen, was uns allen nottut. Behörden und Preisprüfungsstellen würden gut tun, die Handelsteile der großen Blätter auf solche Anzeigen hin sich genauer anzusehen, und überall da in schärfster Weise einzuschreiten, wo es sich um Wahrung eines öffentlichen Interesses handelt."

— **Vom Kriegsausschusse für Oele und Fette** wird uns mitgeteilt: Durch die Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 ist verboten, in gewerblichen Betrieben Brotlaibe vor dem Ausbacken mit Fett zu bestreichen. Diese Maßregel war notwendig geworden, weil immer noch in einzelnen Teilen Deutschlands die Brotlaibe vor dem Einschieben in den Backofen eines besseren Aussehens wegen mit Oel oder Fett bestrichen wurden und auf diese Weise kostbare Rohmaterialien, die dem Volke zu Genußzwecken anderweitig zugänglich gemacht werden konnten, nutzlos